



Berlin, 5. November 2025

Appell an den Haushaltsausschuss: Jetzt Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt 2026 aufstocken statt kürzen!

Mit großer Sorge blicken wir auf den Haushaltsentwurf 2026. Die geplanten Kürzungen in der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit stehen im deutlichen Widerspruch zu den Zielen, die sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag und im Hinblick auf die Agenda 2030 gesetzt hat: Armut, Hunger und Ungleichheit zu bekämpfen sowie die humanitäre Hilfe für Menschen in Not zu stärken.

Der Anteil der humanitären Hilfe am Bundeshaushalt beträgt lediglich 0,2 Prozent. Diese Mittel spielen damit keine nennenswerte Rolle für die Haushaltskonsolidierung – ihre Kürzung jedoch hätte gravierende Folgen. Weltweit sind nach Angaben der Vereinten Nationen dieses Jahr rund 300 Millionen Menschen auf humanitäre Unterstützung angewiesen. Aufgrund globaler Mittelkürzungen konzentriert sich der von der UN koordinierte Hilfsapell nur noch auf etwa 114 Millionen Menschen. Doch bislang haben die Geber erst 10 Milliarden der benötigten 29 Milliarden US-Dollar bereitgestellt. Auch der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung soll im Vergleich zu 2022 um nahezu 30 Prozent auf 9,9 Milliarden Euro sinken. Damit würde er weniger als zwei Prozent des Bundeshaushalts ausmachen. Wenn Deutschland diesen Trend durch weitere Einsparungen verstärkt, bleiben immer mehr Menschen in akuter Not ohne Hilfe – und ihr Recht auf angemessene Nahrung, Gesundheit, Bildung und Wohnen wird ihnen faktisch verwehrt.

Angesichts der humanitären Katastrophe im Gazastreifen ist es richtig und notwendig, dass Deutschland umgehend Mittel für ein Hilfspaket bereitstellt. Zugleich darf die Unterstützung anderer Krisenregionen nicht in den Hintergrund geraten. In Ländern wie Syrien, Sudan, Burkina Faso, Mali oder Somalia kann das Ausbleiben von Hilfe die Verwundbarkeit der Bevölkerung und bestehende Konflikte schnell verschärfen. Frühzeitiges Handeln rettet Leben, verhindert Eskalation, stärkt Stabilität und Sicherheit – und liegt auch im Interesse Deutschlands und Europas. Hierfür ist ein angemessenes Budget unerlässlich.

Im Koalitionsvertrag wurden angesichts neuer geopolitischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen „Veränderungen in der Entwicklungspolitik“ angekündigt. Mit dem *Aktionsplan Wirtschaft und Entwicklung* hat das BMZ nun ein Instrument vorgelegt, das Reformen anstoßen und Partnerschaften im Globalen Süden strategisch stärken soll. Ziel ist es, durch nachhaltige Kooperationen wirtschaftliche Chancen zu eröffnen, Fachkräfte zu sichern und den Zugang zu wichtigen Ressourcen zu verbessern. Dabei gilt es, deutsche

Interessen mit denen der Partnerländer in Einklang zu bringen und die besonderen Bedürfnisse der einkommensschwächsten Länder (Least Developed Countries) zu berücksichtigen. Hierzu müssen auch Stimmen aus der Zivilgesellschaft einbezogen werden. Doch auch dieser Aufbruch droht durch Haushaltskürzungen ausgebremst zu werden. Ohne ausreichende finanzielle Mittel können keine der angestrebten Reformen umgesetzt werden. Darüber hinaus verliert Deutschland an Vertrauen als verlässlicher Partner auf internationaler Ebene. Auch seine Fähigkeit, Menschenrechte zu schützen und zu fördern, wird dadurch erheblich geschwächt.

Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sind Investitionen in globale Verantwortung, Menschenrechte und Stabilität. Sie tragen zur Sicherung von Frieden, Zukunftsperspektiven und wirtschaftlicher Kooperation bei und bilden damit die Grundlagen einer gerechten und sicheren Weltordnung, von der auch Deutschland profitiert. Durch eine angemessene Einbindung der Zivilgesellschaft wird die gesellschaftliche Teilhabe gefördert.

Wir appellieren an Sie, einen Haushalt aufzustellen, der dieser globalen Verantwortung Deutschlands gerecht wird und es ermöglicht, unsere nationalen Interessen in faire Interessenskooperationen mit dem Globalen Süden umzusetzen:

- Stellen Sie mindestens 2,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe bereit.
- Erhalten Sie die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mindestens auf dem Stand von 2024.

Diese vergleichsweise geringe Belastung des Haushalts zahlt sich vielfach aus: Sie schützt Menschenleben, fördert Stabilität und gerechte Wirtschaftspartnerschaften und stärkt Deutschlands Rolle als verlässlicher und verantwortungsvoller Partner in der Welt.

Unterzeichnende Organisationen:

Aktion gegen den Hunger

Brot für die Welt

CARE Deutschland

Caritas international

Diakonie Katastrophenhilfe

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

Global Citizen

Help – Hilfe zur Selbsthilfe

International Rescue Committee (IRC) Deutschland

Misereor

NRC Deutschland

Plan International

Save the Children Deutschland

Terre des Hommes

Tierärzte ohne Grenzen

Welthungerhilfe